

Analyse & Debatte



Aedes aegypti Die Mücke gilt als gefährlichstes Tier der Welt.
Von Constantin Seibt

Von der Sahara nach Olympia

Für das tödlichste Tier des Planeten ist der Mensch vor allem eine Wolke: das Kohlendioxid des Atems, die Carbonsäure seiner Socken, der Schweiß auf seiner Haut.

Die Spur der Wolke nimmt das Tier vor allem mit seinen zwei Fühlern auf, die eigentlich eine einzige mit Härchen übersäte Stereo-Nase sind. Hat das Tier seine Beute gefunden, drillt es seine mit Stechborsten verstärkte, hornige Unterlippe mit ein paar entschlossenen Drehungen durch die Haut. Und dann, sobald es auf Blut stösst, spuckt es hinein.

Es ist der gerinnungshemmende Speichel, der die Mücke zum gefährlichsten Tier der Erde macht. Denn mit dem Speichel reisen die Erreger: Malaria, Zika, Dengue- und Gelbfieber.

Bisher galt die Anophelesmücke als schlimmste: mit einer halben Million Malaria-Toten im Jahr. Doch nun warnen Forscher vor ihrer kleinen Schwester: die Aedes aegypti, die drei bis vier Millimeter grosse, schwarz-weiss gestreifte ägyptische Tigermücke. Denn diese hat gelernt, in tropischen Grossstädten zu leben.

Sie hat eine lange Reise hinter sich. Jahrtausende lebten Tigermücken am Rand der Sahara, wo sie ihre Eier in Astlöcher ablegten, die sich in der kurzen Regenzeit füllten. Dann breitete sich die Wüste weiter aus, die Mücke wechselte auf Menschen und reiste mit den Sklavenschiffen nach Südamerika. Dort wurde 1947 der Kampf aufgenommen: Man besprühte zwölf Jahre auf dem ganzen Kontinent Häuser und Gassen mit dem Insektizid DDT. 1958 war die Tigermücke Geschichte. Aber ein Stamm überlebte - in den USA, die nicht sprühten. Und so war die Mücke ein Jahrzehnt später in Südamerika zurück - diesmal resistent gegen DDT.

Letztes Jahr wurden in Brasilien plötzlich überall Kinder mit Zwergenköpfen geboren. Schuld waren die Tigermücke und das Zika-Virus, das mit ihr reiste. Dazu breitete sich das Dengue-Fieber explosionsartig aus. Nachdem es 2013 mit einem Flugzeug von Französisch-Polynesien nach Brasilien gekommen war, brauchte es wenige Monate, um in 60 Länder vorzudringen.

In Brasilien bekämpfte das Militär die Mücke mit Chemie, Biotechnik, Hygiene - doch die Erfolge blieben bescheiden. Denn das Wüstentier braucht nur sehr wenig Wasser für die Eiablage. Das macht es stadtauglich. Und europatauglich. 2010 entdeckte man die Tigermücke in Südfrankreich. Und diesen März fand ein deutscher Forscher - wie der «Spiegel» in einer Titelgeschichte schrieb - eine einsame Tigermücke: die erste, die einen deutschen Winter überlebt hatte.

Ende Mai forderten 151 Wissenschaftler, Olympia abzusagen. Die WHO antwortete, dass die Zahl der Mücken bei kühlerem Wetter deutlich zurückgehe.

Rio wird zum Weltfest des Sports werden, mit einer halben Million Besucher. Und, wer weiss, auch zum Weltfest der Tigermücke.

US-Wahlen Hillary Clinton zeichnet ein optimistisches Bild ihres Landes. Doch viele Amerikaner kämpfen mit niedrigen Löhnen und der Angst vor Gewalt. Von Nicolas Richter

Die Sonnenkönigin

Die Besucher amerikanischer Parteitage erhalten meist ein kleines Geschenk, bei den Republikanern war das ein schwarzer Regenschirm. Es regnete nicht wirklich, aber ein aufgeputschter Wetteransager namens Donald Trump beschrieb ein solches Gewitter, dass man sich instinktiv am Schirm festhielt. Nun treffen sich in Philadelphia die Demokraten, die als erste US-Partei eine Frau für das Weisse Haus nominieren werden. Sie sollten ihren Gästen eine Sonnenbrille schenken.

Die Sonnenbrille steht dafür, wie die Parteispitze die Wetterlage sieht: überwiegend sonnig. Anders als die Republikaner behauptet sie nicht, dass Amerika ausgebeutet, belagert, erledigt ist. Die Demokraten werden sich als Partei der Vielfalt, der Toleranz und des Optimismus darstellen. Schliesslich stellen sie den Präsidenten Barack Obama, dessen Politik Hillary Clinton weitgehend fortsetzen will.

Eine Warnung von Bernie Sanders

In diesem Jahr aber ist es gefährlich, mit Schönwettermiene und Sonnenbrille herumzulaufen. Auch viele Demokraten finden, dass das Wetter gerade nicht so berauschend ist. Der «Sozialist» Bernie Sanders hat Clinton in den Vorwahlen sehr zugesetzt mit seinem eigenen Lagebericht. Demnach hat Obama das Land zwar aus der Wirtschaftskrise geführt, trotzdem bedarf es einer Revolution - gegen die Korruption der Politik, gegen Turbokapitalismus und Freihandel, gegen die Ungleichheit in der Gesellschaft.

Sanders' Erfolg ist eine Warnung für Clinton: Das Land hasst den Status quo, den sie verkörpert. So kompetent sie sein mag, es wird nicht reichen, das schöne Wetter zu beschwören. Denn viele Bürger kämpfen mit niedrigen Löhnen, mit einer völlig überbeurten Gesundheitsversorgung, mit der Angst vor Gewalt. Clinton muss die Amerikaner überzeugen, dass man den Sonnen-



Riesige Maiskolben? Nein, Ballone im Wells Fargo Center in Philadelphia. Foto: Drew Angerer (Getty Images)

schutz vielleicht noch nicht braucht, ihn aber sicher brauchen wird, wenn sie Präsidentin ist.

Hillary Clinton mit Sonnenbrille: Das beschreibt auch ihre persönlichen Schwächen. Sie ist vielen Amerikanern fremd geblieben, man hält sie für so unehrlich, als sei sie eine notorische Ladendiebin. Schuld ist Clinton selber, wegen ihres Vermögens, der Nähe zu Grossbanken, der undurchsichtigen Familienstiftung und wegen ihrer E-Mail-Affäre, in der sie Regeln missachtete und Unwahrheiten verbreitete.

Jetzt hat sie sich Senator Tim Kaine zum Vize genommen. Wie Trump setzt Clinton auf einen biederen Stellvertreter. Beiden ist bewusst, dass sie Erdung brauchen. Kaine hilft Clinton bei weissen, männlichen Wählern, wo sie schlecht abschneidet. Kaine ist aber auch ein Experte für persönliche Bereicherung: Als Gouverneur hat er sich so reichhaltig beschenken lassen, dass sich Durchschnittsamerikaner vom Gegenwert zwei Häuser kaufen könnten. Optimismus und etwas Filz - so beginnt der Parteitag der Demokraten.

Brief an Europa Direkte Demokratie nach Schweizer Art ist kein Vorbild für andere Länder. Von Stephan Israel, Brüssel

Gefährliches Referendumsfieber

Wir Schweizer haben es schon immer gewusst. Unsere direkte Demokratie ist die höchste Form der Demokratie. Jetzt, da in Europa das Referendumsfieber ausbricht, sehen wir uns bestätigt.

In Europa haben dieses Jahr die Niederländer über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine abgestimmt und die Briten in einem Referendum den Brexit beschlossen. Am 2. Oktober will Premier Viktor Orban sein Volk darüber abstimmen lassen, ob Ungarn Italien und Griechenland um 1294 Asylbewerber entlasten soll. Es scheint, als würde unsere direkte Demokratie zum Exportschlager. Doch ist das Schweizer Beispiel überhaupt nachahmenswert?

Mehrere Initiativen haben die Schweiz auf Kollisionskurs gebracht. So tangiert es unsere Verpflichtungen als Mitglied des Strassburger Europarates oder unsere Beziehungen mit der EU, wenn wir Minarette verbieten, kriminelle Ausländer automatisch ausschaffen oder die Kontrolle über die Zuwanderung von EU-Bürgern wieder zurückhaben wollen.

Dabei ist der Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte für die Schweiz ein gutes Geschäft. Doch Fakten spielten wie beim Brexit-Votum eine untergeordnete Rolle. Noch in der Pipeline ist

«Direkte Demokratie kann das Rezept für Chaos sein.»



Stephan Israel
EU-Korrespondent
des «Tages-Anzeigers»

die «Selbstbestimmungsinitiative», die den Vorrang des Schweizer Rechts über internationale Vereinbarungen verankern will. Bei einer Annahme müsste die Schweiz wohl die Europäische Menschenrechtskonvention aufkündigen und würde sich damit definitiv zur Insel erklären.

Die Schweiz als wohlhabender Kleinstaat konnte sich die direkte Demokratie bisher ganz gut leisten. Doch wer damit experimentieren möchte, sollte sich dies gut überlegen. Transnationale Vereinbarungen innerhalb eines Clubs wie der EU oder etwa ein Freihandelsabkommen würden praktisch unmöglich.

So verhindert eine Minderheit der Niederländer, dass das von allen anderen EU-Staaten ratifizierte Ukraine-Abkommen in Kraft treten kann. Mehr direkte Demokratie ist nicht in jedem Fall demokratisch. Direkte Demokratie kann das Rezept für Chaos sein und die Paktfähigkeit von Nationalstaaten infrage stellen.

Auch in Grossbritannien hat eine Minderheit aller Wahlberechtigten für den Brexit gestimmt. Wenn schon, sollten Weichenstellungen dieser Tragweite nur mit Mehrheiten von zum Beispiel 60 Prozent der Stimmberechtigten möglich sein. Das Diktat der Minderheiten droht die Gewaltenteilung ausser Kraft zu setzen und desavouiert die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Pervertiert hat Viktor Orban die Volksabstimmung. Er missbraucht das Referendum, um gegen Flüchtlinge zu hetzen und seine Macht abzusichern. Auch in Österreich, den Niederlanden und Frankreich drängen Rechtspopulisten auf EU-Referenden. Sie wollen nicht mehr Demokratie, sondern die Nachkriegsordnung auf dem Kontinent zerschlagen. Das Referendumsfieber droht Europas Stabilität zu gefährden.

Der Text erscheint in den Zeitungen von Lena, der Allianz führender europäischer Zeitungen.

LENA
LEADING EUROPEAN - NEWSPAPER ALLIANCE

Türkei Gegen die staatliche Brutalität hilft nur Druck von aussen. Von Paolo Bernasconi*

Beobachter nach Ankara, sofort

In der Türkei hat Präsident Recep Tayyip Erdogan den Ausnahmezustand ausgerufen und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ausgehebelt. Amnesty International berichtet von systematischen Misshandlungen und Folter.

Der Bundesrat und humanitäre Organisationen sollen nun von der UNO und dem Europarat die Entsendung von Beobachtern fordern, um die türkischen Haftbedingungen zu kontrollieren. Erdogan muss dies dulden, weil die Türkei die Protokolle zur Prävention von Folter unterschrieben hat. Würde er die Inspektionen sabotieren, drohten dem Land Sanktionen. Das Folterverbot gilt immer, auch unter Ausnahmezustand.

Das Aussetzen der EMRK darf nur erklärt werden, «wenn das Leben der Nation durch Krieg oder einen anderen öffentlichen Notstand bedroht ist». Inzwischen ist der Militärputsch niedergeschlagen. Erdogan hat deswegen kein Recht mehr, die Freiheitsrechte einzuschränken. Ausserdem verletzt er das Verhältnismässigkeitsgebot: Er hat 24 Radio- und Fernsehizenzen annulliert, 1577 Universitätsdekanen zum Rücktritt gezwungen, 2854 Richter und Staatsanwälte sowie 21 738 Dozenten staatlicher Schulen entlassen, 22 000 Lehrpläne an Privatschulen entzogen, 2963 Beamte suspendiert. Er will die Todesstrafe wieder einführen. Das sind genug systematische Verletzungen der Satzung des Europarats, um die Mitgliedschaft von Erdogans Türkei zu streichen.

Nach den rechtlichen Konsequenzen werden wirtschaftliche folgen: Die «Heranführungshilfe» der EU wird suspendiert. Es sind noch 4,45 Milliarden Euro bis 2020 vorgesehen. Dieser Hebel erleichtert ein UNO-Embargo. Druck auf die Wirtschaft ist das einzige Mittel gegen den türkischen Staatsterrorismus. Der Bundesrat sollte die diplomatischen Schritte dazu einleiten, das ist ein Gebot unserer Verfassung. Was sonst würden wir am nächsten 1. August feiern?

*Paolo Bernasconi ist früherer Tessiner Staatsanwalt und seit 27 Jahren Mitglied des IKRK-Vorstandes.